



Niederschrift

7. Plenarsitzung des Gemeinderates
18. Februar 2025, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 11 der Tagesordnung: Haus R von Vidia für gemeinwohlorientiertes Wohnen und soziale Infrastrukturen nutzen

Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, SPD, KAL, Die Linke, Volt, Stadtrat Kalmbach (FÜR), Stadtrat Braun (Die PARTEI)

Vorlage: 2024/1428

Punkt 11.1 der Tagesordnung: Haus R von Vidia für gemeinwohlorientiertes Wohnen und soziale Infrastrukturen nutzen

Interfraktioneller Ergänzungsantrag: GRÜNE, SPD, KAL, Die Linke, Volt

Vorlage: 2024/1428/1

Beschluss:

Antrag ist erledigt

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 11 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss am 4. Februar 2025:

Herr Stadtrat Dr. Müller hat sich für befangen erklärt und auch hier unseren Diskussionsort sozusagen verlassen. Ich möchte mich erst einmal mit großer Sympathie dem Anliegen der Antragsteller inhaltlich anschließen wollen, möchte aber noch einmal darauf hinweisen, mit was für einer Situation wir es zu tun haben. Es geht um einen privaten Verkaufsvorgang von einer Institution A an einem möglichen Käufer B. Und wenn wir in diesem Verkaufsvorgang Karten einbringen wollten, müssten wir im Grunde erst einmal die bisherigen Angebote, die dort gegebenenfalls auf dem Tisch liegen, überbieten. Das heißt, wir müssten quasi Akteure in einem Bieterwettbewerb werden.

Das Zweite ist, dass das Anliegen, das hier mit dem Haus R verbunden wird, ja nicht darum geht, dass wir es als Stadt Karlsruhe nutzen, sondern dass wir Wohngruppen oder Wohngemeinschaften die Möglichkeit geben, einen Zeitraum zu überbrücken, um dann durch eine soziale und gemeinwohlorientierte Nutzung dieses Hauses dann dort einzusteigen. Das setzt voraus, dass wir davon ausgehen können, dass diese Gruppen eine

entsprechende Finanzierung, eine entsprechende Bewirtschaftung und auch eine entsprechende juristische Struktur bilden, um dann quasi anschließend das Haus über Erbpacht oder was auch immer zu übernehmen. Das ist schon mal etwas, was nicht unbedingt immer so abgesichert ist. Das größere Problem ist aber, dass wir es für diese Zwischenzeit erwerben müssen und dass ich trotz aller Suchen bei uns im Haushalt und auch unter der Fragestellung, ist es überhaupt gemeindehaushaltswirtschaftlich richtig, dass wir so verfahren, auch bei der Suche in unseren städtischen Gesellschaften im Moment nicht die Finanzmittel finde, um diesen kurzfristigen Erwerb, auch wenn es nur für eine gewisse Zeit sein soll, hier zu tätigen.

Ich bin sehr dankbar, dass es auch möglich war, mit allen Beteiligten hier im Vorfeld Gespräche zu führen. Ich bin auch sehr dankbar, dass der im Moment aussichtsreiche Erwerber sich mit Ihnen auch getroffen hat, dass es hier ein großes Interesse gibt, dass dieses Projekt am Ende auch eine große Akzeptanz in der Bevölkerung findet und dass wir deswegen durchaus positiv wahrnehmen, dass hier an die zur Verfügungstellung von Räumlichkeiten für eine Kindertagesstätte gedacht ist, dass hier teilweise Studierendenwohnen, teilweise auch Seniorenwohnen, vorgesehen ist, dass es zu keiner Luxussanierung kommen soll und dass es auch schon jetzt erste Gesprächsabstimmungen gibt, gegebenenfalls hier auch einen Träger in das Haus aufzunehmen, der eine Einrichtung für schwer mobilitätseingeschränkte junge Erwachsene, das ist ja etwas, wo wir kein ausreichendes Angebot in Karlsruhe haben, dort in dieses Gebäude aufnehmen möchte, sodass es zwar hier zu keinem klassischen gemeinwohlorientierten oder auch einer Art genossenschaftlichen Wohnen kommen dürfte, dass aber doch große Nutzungsinhalte, die wir natürlich als Stadt sehr befürworten und die uns an bestimmten Stellen auch eine zusätzliche soziale Infrastruktur schaffen, voraussichtlich ermöglicht werden können.

Das ist der Stand der Dinge. Insofern kann ich Ihnen im Moment heute nicht empfehlen, dass wir hier mit Geld, das wir nicht haben und das auch unsere Gesellschaften nicht haben, einsteigen in ein gewisses Wagnis, und vor allem auch, da wir das Geld entsprechend gar nicht haben. Wir sollten uns das aber zum Anlass nehmen, noch einmal mit den Wohngruppen dort und auch den Baugruppen das ist ja zum Teil überschneidend, zu diskutieren, inwieweit die schon selber zu Strukturen finden können, die dann, wenn sich eine solche Gebrauchtimmobilie auftut, die nicht in unserem Besitz ist, den Weg dahin vielleicht erleichtern. Ich weiß, wie schwierig das ist. Es gibt da auch genossenschaftliche Modelle, die auch halb professionell betrieben werden und die so etwas schon vordenken. Darüber würde ich gerne auch in Ihrem Auftrag mit diesen entsprechenden Interessengruppen noch einmal ins Gespräch kommen, wie wir die vielleicht schon einmal vorbereiten für solche Situationen, einen Schritt weiter agieren können. Und der im Moment aussichtsreiche Käufer ist auch bereit, sich noch einmal mit diesen Wohngruppen selbst zu beschäftigen, auch wenn von seiner Nutzungsstrategie das jetzt erst einmal nicht dem entspricht, was sich diese Wohngruppen vorstellen. So viel vielleicht unter Wahrung aller auch hier Geschäftsinteressen und auch -geheimnisse, eine aktuelle Auskunft zu dieser Thematik. Verkäufer und Käufer stehen wohl kurz davor, einen Notartermin zu vereinbaren, sodass es auch ein Stück weit relativ zügig jetzt zu dieser Umnutzung dort kommen kann, die, wie gesagt, durchaus von der vorgesehenen Nutzung im Interesse der Stadt, und ich denke auch in Ihrem Interesse, ist von den Personengruppen, die hier berücksichtigt werden können und auch durchaus sollen.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Ich rede für die Grüne Fraktion und nicht für alle antragstellenden Fraktionen. Also das Problem ist ja, dass das Haus noch nicht verkauft ist, und das geht schon seit Wochen. Jetzt ein paar Wochen geht es schon darum, dass gesagt wird, es wird demnächst gekauft bzw. verkauft. Insofern ist schon die was ist dann eigentlich, wenn das nicht funktioniert. Von daher waren wir schon ursprünglich der Meinung, dass es richtig ist, wenn die Stadt weiterhin erst einmal ein Wertgutachten erstellt und man dann einfach dann weiterschaut, wie die Situation aussieht. Und ich möchte schon auch noch mal was sagen zum Haus R, schon anschließend auch das, was Sie auch gesagt haben. Das fand ich auch wertschätzend, aber das möchte ich schon noch ein bisschen vertiefen, weil, also es ist ja so, dass diese Initiative da unglaublich aktiv war. Das heißt auch, dass viele, die da mitgearbeitet hatten, die konnten auch nicht mehr genügend arbeiten. Also es war finanziell für einige Leute auch schwierig. Das war ein sehr hohes ehrenamtliches Engagement mit sehr vielen Ideen. Und das ist sehr traurig, dass das jetzt ausgebremst wurde, und das ist natürlich kein schönes Beispiel für die Stadtgesellschaft, weil wir brauchen dieses ehrenamtliche Engagement ja gerade in der Zukunft, im Kampf gegen Einsamkeit und auch um eben das Quartiersmanagement, die Quartiersentwicklung zu unterstützen. Genau das wäre ja eben erfolgt.

Und auch wenn der Investor wohl viele positive Punkte einbringt, ist es doch so, gemeinschaftliches Wohnen ist noch mal ein bisschen etwas anderes. Insofern ist das wirklich traurig, und wir müssen aufpassen, dass wir immer schauen können, wie wir ehrenamtliches Engagement unterstützen. Und einige Monate sind Sie dem ja auch gefolgt, also die Stadtverwaltung, und jetzt halt dieser traurige Bruch, wobei ich das schon vernünftig und sinnvoll finde, was Sie angeboten haben, dass Sie da in Kontakt treten, dass man schaut, dass es in der Zukunft dann anders läuft. Das bedeutet aber auch, dass es bei der Stadt Menschen geben müsste, die sich darum kümmern. Also man bräuchte dann eine Stabsstelle, so ähnlich eigentlich wie bei der SJB, der es ja gelungen ist, innerhalb von ein paar Jahren über 200 Sozialwohnungen zu organisieren. Und neben den ganzen Wohnungen für die geflüchteten Menschen bräuchte man darüber hinaus auch eine Stabsstelle, die sich um dieses Thema kümmert, weil sonst heißt es ja wieder, es funktioniert nicht, weil es zu wenig Unterstützung von der Stadt gibt, vielen Dank.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Wir, die CDU Fraktion, haben uns ja nicht an diesem interfraktionellen Antrag beteiligt, ich hatte das auch in der letzten Sitzung schon gesagt, weil uns einfach hier grundlegende Informationen nicht vorhanden waren und wir daher auch keinen Anlass gesehen haben, dass die Stadt zum jetzigen Zeitpunkt hier in dieses Verfahren einsteigt. Da sind wir weiterhin der Meinung und sehen uns auch bestätigt durch Ihre Ausführung, Herr Oberbürgermeister, dass es ja wirklich hier kurz vor Abschluss des Kaufvertrages und des Notartermins ist. Das hat uns gegenüber der Investor ja auch ganz klar deutlich gemacht. Wir haben dieses Projekt um das Haus R von Anfang an auch mit begleitet und auch mit unterstützt. Und wenn wir eine Möglichkeit gesehen hätten, hätten wir uns hier auch an dieser Stelle eingesetzt, aber in diesem Fall ist es ja von Anfang an so gewesen, dass ein Grundstückseigentümer sein Grundstück verkauft und es eben für uns als Stadt nicht so ohne weiteres möglich ist. Das ist alles ausgeführt worden, und die beiden Vertragspartner sind nun mal schon sehr weit in ihrem ihren Verhandlungen. Und auch der Investor hat ja schon ganz konkrete Pläne. Und diese Pläne, die sind sinnvoll, die machen Sinn für den Stadtteil, für uns als Stadtgesellschaft, weil dort wichtige Einheiten zur Verfügung gestellt werden, die wir insgesamt in der Stadt brauchen und vor allem auch zeitnah zur Verfügung gestellt werden können, dieser Wohnraum. Wenn Sie in der

Verwaltungsantwort ja ausführen, was das jetzt für die Stadtverwaltung für einen langwierigen Prozess zur Folge gehabt hätte, dann hätte das insgesamt viel, viel länger gedauert, bis wir diesen wichtigen und dringend gebrauchten Wohnraum, ob es jetzt studentisches Wohnen oder barrierefreie Wohnungen und so weiter zur Verfügung stehen, es hätte viel, viel länger gedauert. Insofern macht das Ganze schon Sinn.

Ich möchte aber für meine Fraktion auf jeden Fall sagen, dass wir dieses Engagement der Wohngruppe wirklich sehr vorbildlich sehen, auch alle anderen Wohngruppen, und dass wir es auch sehr begrüßen, dass die Stadtverwaltung hier in regelmäßigen Austausch ist, Sie, Herr Oberbürgermeister, Frau Erste Bürgermeisterin, dass Sie regelmäßig im Gespräch sind und diesen Gruppen ja schon auch Ihre Hilfe anbieten. Wir haben hier einiges auch mit dem Konzeptvergabeverfahren auf den Weg gebracht, und auch Stellen werden da ja auch gerade geschaffen oder zusammengeführt, um eben hier eine direkte Anlaufstelle zu bieten. Das sind alles Dinge, die sind jetzt gerade passiert. Insofern sind wir da für die Zukunft doch positiv gestimmt, dass wir in weiteren Fällen hier auch anders helfen können, aber in diesem Fall haben wir einfach nicht die Handhabe gesehen jetzt hier für die Stadtverwaltung und auch für uns im Gemeinderat, vielen Dank.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Sie haben es im Prinzip alles gesagt. Wir waren ja auch antragstellende Fraktion, aber wir müssen uns an der Stelle hier auch überhaupt gar keinen Vorwurf machen, dass wir nichts probiert hätten. Wir haben schnell reagiert, wir haben die Anfrage gekriegt, wir haben es versucht, aber es scheitert an zwei Realitäten. Die erste Realität ist, wir können es uns faktisch nicht leisten. Und die andere Realität, es gibt zwei Vertragsparteien, die von Anfang an miteinander verhandelt hatten, die sich einig sind, und was haben wir für ein Selbstverständnis als Kommune, wenn wir da jetzt mit der Brechstange reingehen und sagen: „Nein, wir können es aber besser als Sie alle.“ Und spätestens die Gespräche, die wir geführt haben mit denjenigen, die das Projekt dort entwickeln werden, mit hoher Wahrscheinlichkeit, die haben ja gezeigt, dass sie bereit sind, viele Dinge umzusetzen, die wir uns an dieser Stelle auch gewünscht hätten. Die Kita haben Sie schon genannt. Ich möchte noch einmal ganz besonders auf die junge Pflege eingehen, die Pflege von schwerstbehinderten jungen Menschen. Da wurde uns schon Bereitschaft signalisiert, Bereitschaft signalisiert für Studierendenwohnen und Auszubildendenwohnen, Dinge, die wir in dieser Stadt auch ganz dringend brauchen.

Also gefühlt könnten wir es auch als Stadt selber nicht besser machen. Und deswegen sollten wir uns auf die andere Rolle, die wir als Kommune haben, konzentrieren. Wir müssen nicht immer alles selbst machen, wir müssen nicht überall alles mit Geld lösen, sondern wir können auch vermitteln. Wir können auch unser Gespür für die Sozialplanung einbringen, unsere Expertise einbringen. Und das ist das, was wir tun. Und ich finde dieses gute Verhältnis, das sich da jetzt schon gezeigt hat, das sollten wir nicht riskieren, indem wir jetzt heute hier mit der Brechstange irgendwelche Dinge beschließen, wo wir wissen, dass wir es am Ende eh nicht umsetzen können, weil uns faktisch das Geld fehlt. Und jetzt vielleicht noch zwei Sätze zu den Wohngruppen, die wir als SPD-Fraktion ja von vornherein immer unterstützt haben und die Zukunft Nord, die Kollegin hat es ja gerade gesagt, wir ja auch gerade vor kurzem erst, wie ich finde, einem bahnbrechenden Projekt den Weg geebnet haben, und zwar in einer sehr hohen Konsequenz, wo wir zwei Baufelder jetzt schon mal freigegeben haben, die von eben genau diesen Wohngruppen ganz dezidiert an Ort und Stelle, und zwar in Ruhe entwickelt werden können, sodass die auch die Zeit haben, sich selbst Konzepte zu entwerfen, sich selbst zu überlegen, wie sie die Finanzierung auf

die Beine stellen und diese Konzepte dann auch in aller Ruhe mit einem Expert*innen-Gremium spielen können. Und wir halten das für die wesentlich geeignetere Stelle. Und noch einmal, um es abschließend zu sagen, auch wenn wir heute jetzt diesen Antrag aus unserer Sicht nicht mehr aufrechterhalten sollten, wir müssen uns keine Vorwürfe machen, dass wir es nicht probiert hätten.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Was der Herr Dr. Huber gerade gesagt hat, begrüßen wir. Wir finden, er hat völlig recht, wenn er sagt, dass wir es als Stadt nicht besser hätten machen können. Wahrscheinlich wird es sogar so sein, dass dadurch, dass jetzt ein privater Investor hier agiert, dass das Ganze viel schneller umgesetzt werden kann, als es uns als Stadt möglich wäre. So gesehen sind wir froh, dass es so gelaufen ist, und jetzt sollte man es einfach so weiterlaufen lassen, vielen Dank.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Ich fasse mich jetzt kurz, weil wirklich viel schon gesagt wurde. Inhaltlich schließe ich mich der Kollegin Anlauf voll und ganz an. Es ist hochgradig bedauerlich, dass weder Mittel noch ausreichend Personal zur Verfügung stehen, um so ein innovatives und auch wirklich gemeinwohlorientiertes Projekt umzusetzen. Was uns so ein bisschen besorgt, ist die daraus resultierende Entwicklung. Wir fragen uns halt, wie es mittelfristig aussieht. Wir müssen doch mittelfristig dafür sorgen, dass solche Projekte unterstützt werden können und dass solche Prozesse personell und auch finanziell möglich gemacht werden. Und zur Zukunft Nord sei die bessere Wahl, es ist schade, dass wir hier priorisieren müssen, wenn wir tolle Projekte haben. Das sollte doch wirklich nicht so sein. Es sollte doch möglich sein, dass man da mehrgleisig fahren kann, und darüber müssen wir uns Gedanken machen. Ich bin mir der Haushaltslage bewusst, aber das ist jetzt was, was wir vielleicht einmal mittelfristig oder langfristig denken müssen, dass wir da eventuell dann auch mal aufstocken in dem Bereich, danke.

Stadträtin Döring (KAL): Auch meine Fraktion tut sich heute ein bisschen schwer, und wenn wir heute unserem interfraktionellen Antrag trotzdem weiter zustimmen, möchten wir das vor allem als Signal dafür verstehen, dass wir uns vielleicht ein bisschen mehr Agilität in der Verwaltung wünschen, ein bisschen mehr vorbereitet sein für unvorhergesehene Möglichkeiten, Wohnraum im Zusammenspiel mit gemeinwohlorientierten Wohn- und Baugruppen zu schaffen. Vielleicht kann man das als eine Art Vorratsbeschluss sehen, wenn die aktuellen Verhandlungen, die ja anscheinend wirklich sehr weit gediegen sind, scheitern sollten, aus welchem Grund auch immer, zu sagen, okay, wir haben dann eine Möglichkeit, dann noch zu agieren. Denn Haus R bietet zahlreiche tolle Möglichkeiten, vielfältige Wohnformen zu entwickeln, generationsübergreifendes Wohnen, Wohnen, das sich an veränderte Bedarfe anpasst, barrierefreies Wohnen, die Einrichtung von Pflege-WGs und sozialen Einrichtungen für den Stadtteil. Es ist vieles schon genannt worden. Für ein solches Objekt gibt es natürlich auch andere Interessenten, tolle Lage, tolle Möglichkeiten. Ich denke, wir sind wahrscheinlich bald soweit, dass wir uns eingestehen müssen, wir waren zu langsam. Wir haben nicht rechtzeitig und vor allem nicht eindringlich genug deutlich gemacht, dieser Gemeinderat will, dass die Stadtverwaltung Lösungen und Möglichkeiten findet, Haus und Grundstück zumindest übergangsweise zu erwerben und gemeinsam mit Gruppen zu entwickeln, die ein tolles Konzept, aber nicht die finanziellen Rücklagen haben, das allein zu stemmen. Was bleibt also? Wir beauftragen sozusagen die Stadtverwaltung, bereit zu sein, wenn es keine Einigung gibt zwischen Verkäufer und Investor, das wäre ein Wunsch von uns, den wir mitgeben würden und das auch so verstanden wissen möchten. Wir werden uns auf jeden Fall weiter dafür einsetzen, dass die Stadtverwaltung

für ein nächstes Mal gewappnet ist mit den nötigen strukturellen und dann auch personellen und finanziellen Ressourcen, vielen Dank.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, ich fange mal mit dem Ende an. Ich würde mich weiter beauftragt fühlen, das zu begleiten, und wenn dann die angesprochene Geschichte nicht zustande kommt, dann komme ich auf Sie wieder zu, weil ich muss ja nur die alle zusammenzählen, die den Antrag gestellt haben, dann weiß ich ja, was die Stunde geschlagen hat. Das wird allerdings nichts daran ändern, dass wir das Geld nicht haben, aber bevor wir dann in eine Nutzung reinrutschen sollten an der Stelle, die wir gesellschaftlich überhaupt nicht mittragen können, müssen wir einfach dann gegebenenfalls noch einmal drüber reden. Das sage ich Ihnen zu, da brauchen Sie jetzt nicht unbedingt heute hier noch einmal erneut mich zu beauftragen.

Mir ist noch einmal wichtig, dass es hier nicht das Problem ist, dass wir zu langsam sind, sondern das Problem ist, dass die Gruppen nicht darauf vorbereitet sind, in einem solchen Verfahren rechtzeitig die Organisationsstruktur und die Finanzierung vorzuhalten. Es gibt eine Organisationsstruktur in Freiburg, die die so etwas auf den ersten Schritt macht. Die haben sich aber hier vor Ort von der Gruppe mit dieser Organisationsstruktur nicht geeinigt gekriegt. Auch das könnte man noch einmal kritisch hinterfragen. Das würde ich jetzt aber gar nicht tun wollen, weil es ist nicht meine Entscheidung, am Ende so zu agieren. Und insofern würde ich gerne das Gespräch führen, noch einmal mit dieser Gruppe, inwieweit es nicht sinnvoll ist, schon mal sozusagen eine Vorratsstruktur zu schaffen, die einen dann schneller befähigt, in solche Dinge einzutreten, denn es macht eigentlich keinen Sinn, dass wir als Stadt dazwischen drin erwerben und es dann wieder weitergeben. Das ist schon per se ein ziemliches Gerumpel. Und ich kann eigentlich als Stadt auch nur erwerben, wenn ich ein ausreichendes Wertgutachten habe, wenn ich gemeindefinanzrechtlich das überhaupt begründen kann und, und, und. Da sind die Hürden so groß, und dann kommt noch die finanzielle Situation dazu, dass es sinnvoller ist, lieber die andere Seite so zu befähigen. Und da brauche ich keine Stabsstelle, Frau Stadträtin, sondern die haben sich ja schon vom Genossenschaftsverband beraten lassen, wie man so etwas macht. Da gibt es standardisierte Prozesse. Man braucht am Ende einfach mal 20 Leute, die den ersten Schritt gehen und sagen, auch wenn wir noch nicht wissen, ob wir am Ende in einem entsprechenden Objekt etwas finden, was für uns passend ist, gründen wir erst einmal grundsätzlich so etwas wie eine Art Ausgangsbasis. Und dann kann ich schon ganz anders in solche Verhandlungen einsteigen.

Ein zweiter Punkt, unterschätzen Sie nicht, was wir gerade in Zukunft Nord vorbereiten. Und da sind auch durchaus Personen dabei, die auch in dieser Interessengruppe sich engagiert haben. Wir haben es gerade noch einmal geklärt, wir müssten mit Ihnen noch die Vergabekriterien besprechen, und wir müssen mit Ihnen die Rahmenbedingungen für die Erbpacht besprechen. Das wird in die nächste Gemeinderatssitzung kommen. Also wir haben das alles mit dem runden Tisch und auch mit den Beteiligten soweit ausdiskutiert, also nicht wir, sondern vor allem Frau Kollegin und unsere Fachleute. Von daher wird es richtig losgehen, dann auch ab dem nächsten Monat mit den nächsten Entscheidungen. Und anschließend können wir dann die Ausschreibung machen. Wir können uns halt alle Zeit der Welt lassen, weil es unser eigenes Grundstück ist. Das ist halt etwas völlig anderes, als wenn wir es hier mit einer privaten Immobilie zu tun haben. Das ist mir wichtig, dass wir das hin kriegen müssen. Dann haben wir, glaube ich, einen großen Schritt jetzt für solche Bau und Wohngruppen gemacht. Aber wie gesagt, sollte jetzt die konkrete und auch

Ihnen ein Stück weit ja zugesagte Konzeption scheitern, bin ich wieder dabei und informiere Sie, und dann gucken wir, ob wir da noch einmal Einfluss nehmen können. Im Moment haben wir keinen Einfluss, aber wir haben durch die Diskussion, die Sie auch hier durch die Anträge angefacht haben, schon ganz schön viel Einfluss genommen, und das, glaube ich, ist erst einmal eine ganz gute Entwicklung, dafür auch noch mal einfach vielen Dank. Gut, dann können wir so verbleiben.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
5. März 2025